

Rede von Bürgermeister Lambert Lütkenhorst, anlässlich der Einbringung des Haushaltsentwurfes 2012 in den Rat der Stadt Dorsten am 25.01.2012 – es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Nun liegt er vor, der Haushalt für das Jahr 2012.
Ein großes Werk an Zahlen,
mühsam mit viel fachlichem Engagement zusammen getragen.

Eigentlich alles so wie immer.

Der Bürgermeister bringt den Haushalt ein,
der Kämmerer, in diesem Jahr zum ersten Mal
mit einer Jungfernrede von Herrn Große-Ruiken,
legt Zahlen, Daten und Fakten vor.

Eigentlich alles wie immer.

Wenn ich es richtig sehe ist dies der 12. Haushalt,
den ich in meiner Verantwortung
als Bürgermeister dieser Stadt einbringe.

Eigentlich alles normal, nichts Besonderes.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir wissen,
mit diesem Haushalt 2012 ist nichts normal und alles ist besonders.

Nichts ist so, wie es einmal war.
Wir stehen an einer dramatischen Wendemarke
der kommunalen Selbstverwaltung in dieser Stadt.

Wir bringen heute erstmals einen Haushalt ein,
von dem wir wissen,
dass er so nicht verabschiedet wird.

Dass er so nicht verabschiedet werden kann,
weil es ein neues Gesetz gibt,
das Stärkungspaktgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ich könnte es mir einfach machen,
dieses Gesetz in Bausch und Bogen zu kritisieren.

Die einen von Ihnen würden sagen: „Richtig so“
und die anderen würden mich kritisieren.

Ich will zunächst etwas anderes versuchen.

Ich will versuchen darzustellen,
in welcher Situation wir in der Stadt wirklich sind,
um Sie dann einzuladen,
in den nächsten Wochen gemeinsam darüber
ins Gespräch zu kommen, wie wir aus dieser Situation das Beste
für die Stadt und für die Bürgerinnen und Bürger
dieser Stadt machen können.

Ich weiß nicht wie es Ihnen geht,
wenn Sie über die Situation unseres Haushaltes mit Freunden,
Bekanntem, in der Familie reden.

Wir haben über 180 Millionen Euro Kassenkredite,
die Verschuldungsspirale des Landes,
die irgendwann bei einem Kassenkreditvolumen
von 50 Milliarden Euro endet.

Wir stehen vor der bilanziellen Überschuldung.
Ich ernte immer wieder ein erstauntes „zur-Kennntnis-nehmen“ .

Das alles ist weit weg
von der Lebensrealität der Bürgerinnen und Bürger.

Auch das, was viele Politikerinnen und Politiker landauf, landab,
aber auch in unserer Stadt in ihren Sonntagsgrußworten darstellen:
„wir tragen eine hohe Verantwortung für die nachfolgende Generation,
wir dürfen unsere Kinder und Kindeskinde
nicht mit den Milliarden schulden unserer Zeit belasten.....“
alles das ist weit weg und manchmal habe ich das Gefühl,
es sind nur Worte, Sprüche, Beruhigungspillen.

Ich jedenfalls steige aus - aus diesen Worthülsen.
Ich möchte meinen Enkeln ein Erbe hinterlassen,
das sie tragen können und von dem sie nicht erschlagen werden.

Die Situation des Landes und der Stadt Dorsten erfordert, dass wir den Menschen die Wahrheit sagen.

Wahrheiten, die bisher aus parteitaktischen Gründen oder aus Angst vor dem Liebesentzug der Wähler oder aus welchen Gründen auch immer, nicht ausgesprochen sind.

Wir dürfen als Verantwortliche in der Politik in Dorsten nicht weiter der Schleier sein, der vieles verdeckt. Wir müssen ein Spiegel sein. Ein Spiegel wirft das Bild zurück. Wir müssen jedem Einzelnen in unserer Stadt und uns selbst die Folgen unseres Handelns widerspiegeln.

Wir müssen den Menschen sagen, was wahr ist.

Wir müssen sagen, was unser politisches Handeln und das Wunschdenken der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren bewirkt hat.

Uns und den Menschen unserer Stadt den Spiegel vorhalten heißt, die Situation unserer Finanzen und damit die Situation der Bürgerinnen und Bürger in brutaler Weise offen auszusprechen und sie mitzunehmen in die Lebenswirklichkeit der Stadt.

Politik vor Ort muss immer zwei Dinge zugleich widerspiegeln:

Die Stimmungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger einerseits und die brutalen Realitäten andererseits.

Diese Realitäten widerzuspiegeln, haben wir vielleicht in den letzten Jahren alle gemeinsam versäumt.

Wir haben versäumt, den Menschen zu sagen, dass es so nicht weiter geht.

Wir haben versäumt, bei den Menschen für eine Wende zum Weniger zu werben.

Weniger ist mehr, so sagt der Volksmund.

Wir stehen mit den Finanzen unserer Stadt in der Tat vor einer Wende zum Weniger.

Wenn wir uns gleich die Zahlen unseres Kämmerers anhören, wenn wir uns mit den Herausforderungen der nächsten Wochen und Monate beschäftigen, dann wissen wir heute noch nicht, was genau auf uns zukommt, aber dass wir in der Verantwortung sind zu gestalten, das wissen wir.

Und das unter enormen Zeitdruck, unter enormen Ungewissheiten. Und das in einer Stadtgesellschaft die auf das, was auf sie zukommt, nicht vorbereitet ist.

Wir werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, über unsere Verantwortung und unsere Glaubwürdigkeit reden.

Über eine äußerst knappe Ressource Glaubwürdigkeit.

Politik hat aus unterschiedlichen Gründen in den letzten Jahren zunehmend an Glaubwürdigkeit verloren.

Und wir alle sind Teil dieser Glaubwürdigkeitskrise.

Was können wir eigentlich gemeinsam tun, um hier in unserer Stadt gemeinsam als Verantwortungsträger glaubwürdig den Menschen unserer Stadt die Wahrheit zu sagen.

Was auf uns zukommt, wissen wir nicht, aber dass wir es gestalten müssen, das wissen wir.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir die nächsten Jahre gestalten wollen, müssen wir uns den Realitäten stellen.

Wir müssen endlich realisieren,
dass die Verschuldung unserer Stadt
in einer schwindelnden Höhe angekommen ist.

Wir müssen realisieren, dass,
wenn die Verschuldungsspirale sich weiter dreht,
wir in absehbarer Zeit in Nordrhein-Westfalen
über 50 Milliarden Euro Kassenkredite haben werden.

Wir müssen realisieren,
dass wir das gegenüber unserer nachfolgenden Generation,
gegenüber unseren Kindern und Enkelkindern
nicht verantworten können.

Die Menschen, insbesondere die jungen,
werden uns unsere Sonntagsreden nicht mehr durchgehen lassen

Wer die Wahrheit sät, wird Empörung ernten.

Bürger werden sich abwenden
und unsere drastischen Sparmaßnahmen,
die wir entwickeln müssen,
nicht akzeptieren.

Mir fällt ein Wort von Frank-Walter Steinmeier ein,
der in seiner Zeit als Außenminister gesagt hat:

„Empörung der Bürgerinnen und Bürger ist noch keine Kategorie, nach
der ich über die Richtigkeit demokratischer Entscheidungsprozesse
befinden kann.“

Ja, wir werden mit Empörungen leben müssen.

Wir werden Udenkbares denkbar machen,
wir werden Ungeahntes „möglich denken“ müssen.

Es gibt eigentlich nur eine Frage, die im Raum steht:
„Wollen wir gemeinsam versuchen,
die Handlungsfähigkeit unserer Stadt wieder herzustellen?“

Wollen wir daran arbeiten, den Bürgerinnen und Bürgern,
den Menschen unserer Stadt wieder Perspektiven zu eröffnen?

Sind wir bereit, die Ärmel aufzukrempeln und - ohne Denkverbote - Undenkbares zu denken?

Sind wir bereit, in unserer Stadt eine Wende zum Weniger einzuleiten?

Das sind die entscheidenden Fragen, die wir uns in den nächsten Wochen und Monaten stellen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Als einer der Sprecher der Kommunen, die in der ersten Phase des Stärkungspaktgesetzes eingebunden sind, habe ich mich in den letzten Monaten sehr intensiv mit diesen Gemeinden abgestimmt, habe mich in Gesprächen mit Ministerien bewegt.

Ich habe versucht, im Landtag unsere Positionen deutlich zu machen, habe versucht, Positionen gemeinsam abzustimmen. Meine Einschätzung zum Stärkungspaktgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen ist folgende:

Ich bin dankbar, dass die Landesregierung erkannt hat, dass es dringenden Handlungsbedarf gibt. Das war nicht immer so.

Ich bin dankbar, dass man im Sommer des letzten Jahres erkannt hat: es muss kurzfristig gehandelt werden, um eine Katastrophe abzuwenden.

Ich bin aber genauso deutlich der Meinung, dass das Stärkungspaktgesetz uns in Dorsten vor enorme Herausforderungen stellt, die wir wohl nicht leisten können.

Wir haben uns nach langer kontroverser Diskussion mit der Landesregierung auf einen steinigen Weg in die Zukunft begeben.

Und das ist gut so.

Weil wir ein Ziel im Auge haben: die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen.

Aber ich kritisiere hier ausdrücklich auch, dass es viele Äußerungen aus dem Ministerium gibt, die mich nachdenklich machen.

Wir vermissen Antworten und wir vermissen Wahrheiten.

Juristen sagen manchmal:
„Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung“.

Wenn ich höre, wie in den letzten Wochen, seit Verabschiedung des Gesetzes, verantwortliche Politiker aus dem Landtag durch das Land ziehen und versuchen, die Wahrheiten des Gesetzes zu verwässern, dann halte ich das für absolut skandalös.

Das habe ich ebenso deutlich in der vergangenen Woche auch dem Innenminister gesagt.

Den Menschen wird nicht die Wahrheit gesagt, das Gesetz wird weichgespült.

Ich habe in Anwesenheit des Innenministers in der letzten Woche von der „Lenor-Fraktion“ gesprochen.

Ich habe ihm gesagt, dass es nicht sein kann, dass den Menschen bei Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden Sand in die Augen gestreut wird und dass man das Gesetz weichspült.

Wahrheit heißt, dass es keine Tabus und Denkverbote geben kann. Es wird natürlich zu reden sein über Schulen, Sport, Bäder, Feuerwehr und vieles mehr.

Es wird darüber zu reden sein, ob wir uns leisten dürfen, z. B. Anteil am Stromnetz zu erwerben.

Es wird bei der Schließung von Einrichtungen über betriebsbedingte Kündigungen zu reden sein, die wir bisher als undenkbar zurückgewiesen haben.

Es wird darüber zu reden sein, dass wir keine Beförderungen vornehmen dürfen. Es wird darüber zu reden sein, dass es keine Fördermittel geben wird.

Die „Lenor-Fraktion“ sagt Anderes:
Wer sagt:

natürlich kann die Stadt Dorsten Fördermittel beantragen,
vergisst wahrheitswidrig, den Satz weiter zu formulieren.

Fördermittel können beantragt und bewilligt werden -
- das hängt von der Genehmigungsfähigkeit
der Haushaltssanierungspläne ab und es hängt davon ab,
ob wir bereit sind, Prioritäten zu setzen.
Nicht alles, was wir uns an Fördermitteln wünschen,
wird zur Verfügung stehen.

Beförderungen können ausgesprochen werden,
- das hängt von der Genehmigungsfähigkeit
der Haushaltssanierungspläne ab.

Schließungen von Einrichtungen im freiwilligen Bereich
können vermieden werden,
- das hängt von der Genehmigungsfähigkeit
der Haushaltssanierungspläne ab.

Wenn ich das in dieser Deutlichkeit sage,
so möchte ich Sie bitten,
meine Damen und Herren hier im Rat der Stadt Dorsten,
den Menschen in den nächsten Wochen die Wahrheit zu sagen.

Die ungeschminkte Wahrheit über das,
was im Gesetz steht und über das, was von uns verlangt werden wird.

Wir haben uns in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht
mit sehr viel persönlichem Engagement
unseres Kämmerers Herrn Große-Ruiken
und haben Antworten auf unsere Fragen erwartet.

Wir haben gefragt:
Wie ist das zum Beispiel mit der Einbindung der Umlageverbände?

Man hat uns zugesagt,
dass die Umlageverbände, die Kreise und die Landschaftsverbände,
hart und auf einer gesetzlichen Grundlage
eingebunden werden sollen in die Sparzwänge der Kommunen.

Wenn wir uns das jetzt in der Beratung befindliche Umlagegenehmigungsgesetz anschauen, dann ist es absolut unzureichend.

Kommunen können eben keine Sparbeiträge der Umlageverbände verbindlich einfordern.

Wir haben darum gebeten nachzubessern, es gibt keine Reaktion.

Über die Teilnahme an Förderprogrammen habe ich schon gesprochen.

Deuten ist nur ein Beispiel: 1.600 Euro Eigenanteil.

Die Wahrheit ist: Wir werden in Zukunft Eigenanteile nicht darstellen können oder dürfen, wenn wir die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssanierungsplanes nicht darstellen können.

Das ist eine Wahrheit, die muss gesagt werden und die muss von uns so akzeptiert werden.

Die Landesregierung hat mehrfach signalisiert, dass sie bis zum Sommer am Thema Eigenanteile arbeiten will, ich warte auf eine Entscheidung, meine Damen und Herren, die Menschen warten auf eine Entscheidung.

Wie sollen wir z. B. an dem großen Projekt Regionale 2016 teilnehmen, wenn wir Eigenanteile nicht darstellen dürfen?

Das Leben in unserer Stadt, meine Damen und Herren, wird sich nachhaltig verändern.

Wir werden im Verwaltungsvorstand – nach dem ersten Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt, den wir sehr kurzfristig noch in diesem Monat erwarten - Maßnahmen erarbeiten, die wir Ihnen als verantwortliche Politikerinnen und Politiker vorschlagen.

Maßnahmen, die schmerzen werden,
die schmerzen müssen.

Wenn wir uns einig sind in dem Ziel,
kommunale Handlungsfähigkeit wiedererlangen zu wollen,
dann werden wir für diese Maßnahmen Mehrheiten brauchen.

Es kann nicht so sein, dass die Einen sich zurück lehnen
und mit den Fingern auf die Anderen zeigen.

Es kann nicht sein,
dass die Einen Verantwortung übernehmen
und die Anderen sie ablehnen.

Zukunft kann man nur mit breiten Mehrheiten ermöglichen.

Es gibt Fragen, die drängen sich auf.

Wir leisten uns ein Schulsystem,
das angesichts der demographischen Herausforderungen
in den nächsten Jahren so nicht weiterbestehen kann.
Der Schulentwicklungsplan wird das in aller Härte zeigen.

Wir haben neue Maßnahmen beschlossen,
z. B. die Schülerfahrtkostenregelung:
Sie wird auf den Prüfstand kommen.

Wir leisten uns ein Bädersystem,
das ausgesprochen üppig ist und das überarbeitet werden muss.

Ich bin sehr dankbar darüber,
dass wir mit dem Trägerverein in Wulfen
über neue Finanzierungsmöglichkeiten reden,
über weitere Anstrengungen des Vereins mit dem Ziel,
das Bad zu erhalten.

Ich sage aber auch, wenn uns dies nicht gelingt,
wird dieses Bad in Wulfen langfristig keine Zukunft haben.

Wir reden über unsere Sporthallen.

Ich sage, es wird nicht möglich sein,
alle Sporthallen in unserer Stadt zu erhalten.
Spätestens dann, wenn sich hohe Sanierungsbedarfe einstellen,
muss darüber geredet werden,
wie viele Sporthallen wir in dieser Stadt notwendig brauchen.

Wir sind froh über die große Anzahl
von gut funktionierenden Sportplätzen in unserer Stadt.

Wer aber ernsthaft darüber diskutiert,
eine weitere Sportanlage zu schaffen,
um einem neu zu gründenden Verein
eine Spielmöglichkeit zu schaffen,
der hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden.

Wir reden über Kinderspielplätze und Grünflächen in unserer Stadt.
Auch dort wird es kein Mehr geben,
sondern ein Weniger.

Wir reden über die Musikschule.
Die Musikschule wird noch in diesem Jahr
das Gebäude des alten Petrinum verlassen
und, wenn alles so kommt wie geplant,
bei unserem Gymnasium Petrinum als Gast
Räume mitnutzen.

Auch wenn das gelingen sollte,
stellen sich Fragen nach der Musikschule.

Können wir über neue Formen von Kooperation
mit vorhandenen Orchestern, können wir über Kooperation
mit vorhandenen Musikschulen sicherstellen,
dass die Kinder unserer Stadt
eine qualifizierte Musikausbildung erhalten ?

Wie machen wir das mit unseren Kindergärten?

Sind wir bereit, auf der Grundlage des Gesetzes die Gruppen voll zu belegen, ggfs. auch für einen überschaubaren Zeitraum über den gesetzlichen Rahmen hinaus, um neue kostenintensive Investitionen zu vermeiden?

Wie können wir über Standards diskutieren?

Aus dem Brief des Ministers an uns geht hervor, dass er deutliche Möglichkeiten sieht, bei Standards einzusparen.

Standards, meine Damen und Herren, sind aber häufig formuliert über gesetzliche Grundlagen. Feuerwehren und Volkshochschulen sind gute Beispiele.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen:
Wir reden über das Schulschwimmen.

In den Lehrplänen der Grundschulen ist Schulschwimmen verankert. Wenn man aber weiß, dass über 30 % der Schulen, obwohl die Schwimmzeiten für sie freigehalten werden, zum Schulschwimmen nicht anreisen, dann werde ich die Frage nach der Zukunft des Schulschwimmens in unserer Stadt deutlich und laut stellen.

Wenn der Minister von uns Einsparungen im pflichtigen Bereich erwartet, dann ist Schulschwimmen eine der Herausforderungen.

Wir werden weiterhin auf die Einhaltung des Konnexitätsprinzips achten. Die Landesregierung sagt, dass sie dieses Prinzip streng einhält.

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten kreisweit sehr deutlich offen machen, wo der Grundsatz der Konnexität eingehalten oder gebrochen wird.

Wir werden uns kritisch
mit den Sparbemühungen des Kreises auseinandersetzen.
Nicht mit polemischer Allgemeinkritik
sondern mit konkreten Forderungen.

Wir werden uns - auf Anregung der SPD-Fraktion –
mit Bundespolitikern darüber unterhalten,
welche Verantwortung sie tragen,
um die kommunale Handlungsfähigkeit wieder sicher zu stellen.

Viel zu spät und viel zu wenig
ist vom Bund im Rahmen der Grundsicherung geleistet worden.

Die Mitfinanzierung der Eingliederungshilfen durch den Bund
und vieles Andere ist im Gespräch.

Aber richtig ist auch, dass das Land Nordrhein-Westfalen
eines der wenigen Bundesländer ist,
das diese große Anzahl von notleidenden Kommunen hat.

Vielleicht stellt sich dabei auch die Frage,
wie viele Finanzmittel das Land Nordrhein-Westfalen weitergibt
an die Kommunen, im Unterschied zu anderen Bundesländern?

Meine Damen und Herren,
ich habe zu Beginn darüber gesprochen,
dass wir über eine Wende zum Weniger reden müssen.

Eine reiche Gesellschaft,
wie die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland
und die Bürgergesellschaft der Stadt Dorsten
muss damit leben können,
dass es Perspektiven der Selbstbeschränkung geben muss.

Wir müssen den Glauben daran haben,
dass aus Weniger Mehr werden kann.
Wir müssen den Menschen vermitteln,
dass man mit Selbsteinschränkungen in unserer Stadt
gut und glücklich leben kann.

Wenn Sie gleich die Zahlen von Hubert Große-Ruiken,
unserem Kämmerer hören,
dann wird Ihnen die Dringlichkeit des Problems bewusst.
Ihnen wird bewusst werden, an welcher Stelle wir sind
und wie notwendig eine Wende zum Weniger in unserer Stadt ist.

Meine Damen und Herren,
mit Schulden hat noch Niemand eine Wahl verloren.
So hört man auf den Fluren bei Bund und Land.

Ich glaube dennoch,
dass die Zeit des Schuldenmachens vorbei sein muss.
Und wenn dieser Satz von den nicht zu verlierenden Wahlen gilt,
dann gilt aber auch ein anderer.

Wer regiert verliert.

Ich hoffe sehr, dass wir,
- die wir in unserer Stadt Verantwortung übernommen haben,
dass wir, die wir gemeinsam in den letzten Jahren,
viel Verantwortung getragen haben
im Sinne einer guten Entwicklung unserer Stadt -
nicht die Verlierer sein werden,
wenn es darum geht, daran zu arbeiten,
die Handlungsfähigkeit unserer Stadt wieder zu gewinnen.

In diesem Sinne wünsche ich uns in den nächsten Wochen
gute Beratungen.

Die Verwaltung steht Ihnen zur Verfügung
und ich wünsche uns allen, dass die knappe Ressource
Glaubwürdigkeit in unserer Stadt ausreicht,
um den Menschen das, was wir in unserer Stadt gestalten wollen,
nahebringen zu können.